



DAS SYSTEM PUTIN RUSSLAND UND DIE UKRAINE

■ ANALYSE		
Putins zweite Amtszeit. Andrei Zagorski, Moskau		2
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
Putins Ratings		6
Wirtschaftsentwicklung 1996 bis 2004		7
■ STATISTIK		
Ukrainisch-russische Wirtschaftsbeziehungen		9
■ KOMMENTAR		
Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen. Heiko Pleines, Bremen		12
■ DOKUMENTATION		
Reaktionen der Putin-Administration auf die ukrainischen Wahlen		13
■ UMFRAGE		
Russen über die Wahlen in der Ukraine		16
■ CHRONIK		
Vom 25. November bis zum 2. Dezember 2004		18

Putins zweite Amtszeit

Andrei Zagorski, Moskau

Zusammenfassung

Die russische Entwicklung mit der hohen Popularität ihres Präsidenten und dem beachtlichen Wirtschaftswachstum darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass zahlreiche politische, soziale und ökonomische Probleme ungelöst geblieben sind. Die Phase günstiger Rohstoffpreise und die Stärke der "Machtvertikale" sind nicht genutzt worden, um eine durchgreifende Modernisierung durchzusetzen. Bis 2008 ist ein Fortschreiten von Reformen kaum zu erwarten, eher ein Festhalten am *Status quo*.

Drei Gründe für die Popularität Putins

Die Parlamentswahlen im Dezember 2003 haben der "Partei der Macht", dem "Einigen Russland", fast 40% Wählerstimmen und eine Verfassungsmehrheit in der Staatsduma gebracht. Putin ließ sich am 14. März 2004 mühelos in seinem Amt mit über 71% der Wählerstimmen bestätigen. Für viele Russen ist Putin der Mann, der Russland politische Stabilität, anhaltendes Wirtschaftswachstum und Wohlstand sowie Ansehen im Ausland zurückgegeben hat. Seine Amtszeit hat der Anarchie der Jelzin-Jahre, der "Raubprivatisierung", der zügellosen Inflation sowie dem wirtschaftlichen Zusammenbruch ein Ende gesetzt. Putin hat die Oligarchen zurechtgestutzt und das Land von der uneingeschränkten Macht der "Familie" Jelzins erlöst. Er hat den Zusammenbruch Russlands abgewendet und die Macht der "regionalen Barone" eingeschränkt. Er hat groß angelegte Reformen eingeleitet, in deren Verlauf das Bruttoinlandsprodukt bis 2010 verdoppelt und der Anteil der armen Bevölkerung halbiert werden soll.

Im Parlament gibt es keine Konfrontation mehr, auch keine Opposition, die ihn an der Umsetzung seiner Pläne stören kann. Die Befürworter Putins gehen davon aus, dass er nun sein hohes Ansehen für die Fortsetzung von liberalen Reformen geltend machen wird. In der Tat hat er nach den Wahlen wiederholt sein Bekenntnis zur Achtung der Menschenrechte und der bürgerlichen Freiheiten, zur Gewährleistung von Medienfreiheit sowie zur Entwicklung des politischen Pluralismus abgelegt.

Im außenpolitischen Bereich hat Putin den Kurs Jelzins wesentlich korrigiert. Er wendete die Gefahr der Verschlechterung der Beziehungen zum Westen ab und erweiterte wesentlich Russlands Vertrauenskredit. In seinem pragmatischen Ansatz vertragen sich der Kurs in Richtung auf eine "Integration" in Europa, die Pflege der antiterroristischen Zusammenarbeit mit den USA, die strategischen Partnerschaften mit China und Indien sowie die Gestaltung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums mit der Ukraine, Belarus und Kasachstan. So schuf Putin in seiner ersten Amtszeit günstigere Außenbedingungen für die nationale Entwicklung.

Dies sind die Gründe, die den Befürwortern der Putin-Regierung im In- und Ausland Anlass geben, den Präsidenten Russlands als einen Modernisierer des Landes zu feiern. Doch trotz der positiven Entwicklungen werden die kritischen Stimmen immer lauter. Warum?

Der Preis zu hoch, die Marschrichtung falsch

Zu Beginn der ersten Amtszeit Putins bestand in weiten Teilen des russischen Establishments ein Konsens dahingehend, dass sich mit einem populären Präsidenten unpopuläre und schmerzhaft Reformen eher durchführen ließen als unter den Bedingungen der ständigen politischen Konfrontation zwischen Präsident und Parlament. So sollte ein vorübergehendes "Ausschalten" des öffentlichen politischen Feldes und eine halb-autoritäre Regierung die Umsetzung einer liberalen Agenda ermöglichen. Neben den institutionellen Reformen sollte eine tiefere strukturelle Modernisierung der Wirtschaft und der Gesellschaft in Angriff genommen werden. Mit der Bevölkerung sollte eine Art von Gesellschaftsvertrag geschlossen werden, durch den sie bei Verlust eines Teils ihrer Freiheiten im Gegenzug mehr soziale Stabilität und insbesondere mehr persönliche Sicherheit gewinnen sollte. Der Feldzug gegen den "Terrorismus" und die organisierte Kriminalität sollte diesen Vertrag symbolisch besiegeln.

Heute, zu Beginn der zweiten Amtszeit Putins scheint sich dieser Konsens aufzulösen. Es funktioniert offensichtlich nur ein Teil des Vertrages, nämlich der, der der Staatsbürokratie und insbesondere den "Machtstrukturen" – den Sicherheitsdiensten und dem Militär – freie Ermessens- und Aktionsräume gewährt. Von den liberalen Reformen dagegen ist immer weniger die Rede. Und nach der Geiseldrama in Beslan, die im September 2004 das Leben von über 350 Menschen, unter anderem von vielen Kindern, gefordert hat, fühlen sich immer weniger Menschen durch korrupte Machtstrukturen effektiv vor der terroristischen Bedrohung geschützt. Der Preis dafür wird aber in Form eines immer rigideren Systems einer "gelenkten" Demokratie mit jedem Schritt höher.

Wachstum ohne Entwicklung

Die *makroökonomische Stabilisierung* und das *anhaltende Wachstum* gehören zweifelsohne zu den wichtigsten positiven Resultaten der Entwicklung Russlands in den letzten Jahren. Der Aufschwung von 1999 bis 2004 hat wesentlich zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage beigetragen, hat das Land jedoch nicht auf den Weg einer Modernisierung gebracht. Die 2000 angekündigten *institutionellen Reformen* (Steuern, Arbeitsrecht, Grund und Boden, Marktliberalisierung, Gerichtswesen, Renten, Ausbildung, Gesundheitswesen etc.) erwiesen sich viel weniger radikal als ursprünglich gedacht. Eine Reihe davon wurde aufgeschoben bzw. verzögert. Die zwei wichtigsten institutionellen Voraussetzungen für eine stabile Entwicklung – Garantien der Eigentumsrechte und die Ermöglichung eines fairen Wettbewerbs – sind in all diesen Jahren nicht geschaffen worden. In den letzten Jahren sind gerade in diesem Bereich deutliche Rückschläge zu verzeichnen. Es gibt auch keine Anzeichen dafür, dass die Reformagenda in der zweiten Amtszeit Putins konsequent weiter verfolgt wird.

Der wirtschaftliche Aufschwung war ursprünglich durch die dramatische Rubelabwertung in 1998 stark angekurbelt worden, aber auch durch die Ölpreise, die in allen Amtsjahren Putins hoch geblieben sind. Es mag umstritten sein, in wieweit das Wachstum der letzten Jahre auf die Ölpreise zurückzuführen ist. Festzuhalten ist aber, dass sich die strukturellen Probleme der russischen Wirtschaft trotz des Wachstums weiter zuspitzen.

Der Aufschwung lässt sich in erster Linie auf die gewachsenen Nettoeinnahmen aus den Rohstoffexporten zurückführen. Das hat Investitionen in die Rohstoffproduktion und die mit ihr verbundenen Branchen gelockt und die Haushaltseinnahmen wachsen lassen. Andere Industriezweige haben aber wenig davon profitiert. Die steigenden Einnahmen schlugen sich im wachsenden individuellen Konsum, nicht aber in Investitionen nieder. Und mit der Stärkung des Rubels schaltet auch der Konsum seit 2001 zunehmend auf Importe um. Gleichzeitig bleibt Russland ein Nettoexporteur von Kapital. Die sozialen und regionalen Strukturprobleme werden nicht nur nicht gelöst sondern spitzen sich weiter zu. So wächst das Einkommensgefälle zwischen den reicheren und ärmeren sozialen Schichten. Die regionalen Unterschiede nehmen zu. Die Symptome der "holländischen Krankheit" der von den Rohstoffexporten stark abhängigen Wirtschaft werden mit verheerenden Konsequenzen für verarbeitende Industrie und Regionen nur deutlicher. Die Zeit für die Modernisierung des Landes "von oben" wird immer knapper, ohne dass ein Modernisierungsansatz versucht worden wäre. Und ein

Rückgang von Energieträgerpreisen wird zwangsläufig einen Rückgang des Wohlstands der Mehrheit der Bevölkerung Russlands und ernsthafte Haushaltsprobleme verursachen.

Gelenkte Demokratie

Der Terminus "gelenkte Demokratie" hat sich inzwischen fest als Bezeichnung für die in der ersten Amtszeit Putins eingeführte politische Ordnung eingebürgert. Ein anderer Begriff dafür ist die Durchsetzung einer starken präsidentiellen "Machtvertikale". Die Einführung der "gelenkten Demokratie" ist vielleicht das einzige erfolgreiche Projekt der Putin-Regierung. Es ist auf eine im russischen Establishment verbreitete Vision der Stärkung der Staatlichkeit zurückzuführen, die nicht durch die Konsolidierung demokratischer Institutionen sowie derer der Bürgergesellschaft, sondern durch die Abstützung auf die so genannten "Machtstrukturen", in erster Linie Geheimdienste, erreicht werden sollte. Die Konzentration der Macht wird oft als eine notwendige Voraussetzung für eine autoritäre Modernisierung des Landes im Laufe von 10 bis 15 Jahren betrachtet. Erst danach würde sich Russland den Luxus der Demokratie gönnen können.

Im Laufe der ersten Amtszeit Putins wurde in Russland ein politisches System etabliert, dem Gewaltenteilung und institutionelle *checks and balances* fehlen. Alle Institutionen und Zweige der Staatsmacht sind dem Amt des Präsidenten untergeordnet. Ein öffentlicher und auf transparenten Regeln und Verfahren bauender politischer Wettbewerb findet in diesem System keinen Platz. Er wurde durch ein "Tauziehen hinter den Kulissen" verschiedener Gruppen der Machtelite ersetzt.

Das föderale Zentrum entmachtete die regionalen Eliten und verbannte die Wirtschaft aus der Politik. Somit wurden die politische Positionen derjenigen gesellschaftlichen Gruppen untergraben, die allein in der Lage waren, unter der Bedingung einer schwachen Bürgergesellschaft und des Parteiensystems gewisse Gegengewichte zur föderalen Staatsmacht zu sein. Im Ergebnis hob die föderale Staatsmacht nicht nur den öffentlichen politischen Wettbewerb in den eigenen Reihen auf, sondern schuf sich ein wettbewerbsfreies Umfeld. Mit den jüngsten Initiativen zur Abschaffung von direkten Gouverneurswahlen setzt sie ihre Entföderalisierungspolitik fort.

Schließlich sicherte sich die Regierung Putin vor jeglicher Kritik indem sie führende Fernsehsender unter die Staatskontrolle gebracht hatte. Stilistisch wird die föderale Staatsmacht immer "sojjetischer", undemokratischer und intransparenter. Somit hat sich zu Beginn der zweiten Amtszeit Putins in Russland ein System des politischen Gewaltmonopols mit

allen politischen Monopolen wesenseigenen negativen Zügen herausgebildet. Unter den russischen Bedingungen werden schmerzhafteste Erscheinungsformen des politischen Monopols dadurch vergrößert, dass ein bedeutender Teil der Machtelite, wie auch der russischen Gesellschaft, am Rechtsnihilismus und am "autoritären Syndrom" leidet und die Träger öffentlicher Gewalt auf allen Ebenen durch eine enorme Korruption betroffen sind.

Die in Russland entstandene politische Ordnung wirkt stabil und effektiv in dem durch das wirtschaftliche Wachstum geprägten sozialen und wirtschaftlichen Umfeld. Doch es hat sich noch keinem ernsthaften Test stellen müssen. Die Wahlen von 2003 und 2004 waren angesichts des abgeschafften politischen Wettbewerbs kein echter Test. Vor diesem Hintergrund können die Jahre 2006 bis 2008 für das System kritisch werden. Dieser Zeitabschnitt kann sozial- und wirtschaftspolitisch zur schwierigsten Periode in den beiden Amtszeiten Putins werden. Nicht weniger Probleme kann auch die politische Intrige bereiten, die nach aller Erfahrung mit der Bestimmung des Nachfolgers des Präsidenten verbunden sein wird.

Außenpolitisches Umfeld

Unter den Gegebenheiten einer fortschreitenden Globalisierung entstehen im externen Umfeld Zwänge, die das fehlende interne System der *checks and balances* mindestens teilweise kompensieren können. Insbesondere angesichts der starken Exportabhängigkeit seiner Wirtschaft ist Russland vielen derartigen Zwängen ausgesetzt. Der Regierung Putin ist es aber in den letzten Jahren gelungen, die externen Einflüsse auf ein Minimum zu reduzieren.

Die Außenpolitik der Regierung Putin war auf die Lösung von drei Hauptaufgaben gerichtet. Erstens war klar das Anliegen erkennbar, eine ernsthafte Konfrontation mit dem "Westen" und vor allem mit den USA zu vermeiden. Diese Politik reflektiert die Einsicht in die Schädlichkeit solcher Konfrontation für Russland. Zweitens war die Regierung Putins gleichzeitig bestrebt, die russische Wirtschafts- und Innenpolitik vom Einfluss der Kritik und der ungebetenen Ratschläge seitens des Westens weitestgehend zu befreien. Schließlich bemühte sich die Regierung Putin um die Anerkennung der neuen politischen Ordnung Russlands und versuchte, den Westen für ihre Unterstützung zu gewinnen.

Im Unterschied zu Jelzin, der in der Anfangsphase seiner Präsidentschaft die Aufgabe stellte, Russland in die Gemeinschaft der entwickelten westlichen Staaten zu integrieren, verzichtete Putin auf dieses Ziel. Er betonte eher die Bedeutung der Aufrechterhaltung des freien Spielraums für Russland in der internationalen

Arena und in der Innenpolitik. Dies setzt die Möglichkeit einer Beteiligung oder Nichtbeteiligung Russlands an internationalen Koalitionen nach eigenem Ermessen voraus, schließt aber jede Form einer Integration Russlands in euroatlantische Institutionen aus. Ausnahmen werden in Moskau nur hinsichtlich der angesehensten internationalen "Clubs" der Großmächte gemacht, wie der "G8", sowie der wichtigsten multilateralen Wirtschaftsorganisationen WTO und OECD, aber auch dort nicht ohne Vorbehalte.

In diesem Sinne ist die Politik Putins in der ersten Amtszeit relativ erfolgreich gewesen. Dank der positiven ökonomischen Dynamik sowie der akkuraten Rückzahlung der Schulden ist Moskau in der Lage, sich nicht nur der Ratschläge des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank zu entziehen, sondern auch die Konsequenzen der westlichen Kritik weitgehend zu neutralisieren. Beispiele hierfür sind der zweite Tschetschenienkrieg, die Schwächung und die schrittweise Verdrängung der demokratischen Institutionen aus dem politischen Leben. In den ersten vier Jahren der Präsidentschaft Putins erwarb Moskau eine relativ nachhaltige Immunität gegen Vorwürfe und sicherte sich einen weiten Spielraum in der Außen- wie in der Innenpolitik. Die Bereitschaft der Regierung Putin, den westlichen Staaten in den für sie wichtigen internationalen Fragen entgegenzukommen, wird mit Indifferenz gegenüber den inneren Prozessen in Russland honoriert. Die kontroversen Fragen werden zwar von Zeit zu Zeit zur Sprache gebracht, doch Moskau braucht keine Sanktionen zu fürchten.

Unter diesen Umständen erstarkte im russischen Establishment die Illusion der "Selbst-Suffizienz", der Wiederkehr des Großmachtstatus des Landes, das sich unter den Bedingungen des Erstarkens seiner Wirtschaftsmacht den westlichen Großmächten nicht mehr anzupassen braucht. Im Ergebnis war schon im letzten Jahr der ersten Amtszeit und besonders nach den Wahlen 2003 und 2004, die Tendenz zur Verstärkung der Großmachtbestrebungen sowie der antiwestlichen und antiamerikanischen Auftritte zu verzeichnen. Es war bisher der Verdienst von Putin, dass er stets die unmäßig eifrigen Hüter des Nationalstolzes und der Großmachtinteressen Russlands auf ihren Platz verwiesen hat. Aber es wäre falsch, den gefährlichen Wunsch der vor kurzem an die Macht gekommenen neuen Generation der russischen Politiker zu ignorieren, die Kräfte des ein wenig erstarkten Russlands auf der internationalen Arena erneut auszuprobieren. Denn gerade mit solcher Rhetorik begann 1994 die graduelle Wende in der Politik Jelzins von der Idee der Integration in die Gemeinschaft der demokratischen Staaten hin zu den Mahnungen über die Gefahr eines "kalten Friedens".

Ausblick

Die durchaus positive Fassade der Putin-Regierung verbirgt eine ziemlich rigide und gerade deswegen fragile und für wirtschaftliche und politische Herausforderungen anfällige politische Ordnung. Die Entwicklungen rechtfertigen kaum die Annahme, dass ein optimistisches Szenario einer "autoritären Modernisierung" in Russland eintreten kann. Sie rechtfertigen aber auch nicht die pessimistische Annahme, dass die "gelenkte Demokratie" in der absehbaren Zeit zusammenbrechen und durch einen erneuten Chaos verdrängt werden kann. Russland bewegt sich jedenfalls bis 2008 irgendwo zwischen diesen beiden extremen Szenarien. Die Regierung manövriert, ohne die Reformpolitik konsequent fortzusetzen, zugleich aber auch ohne auf sie vollständig zu verzichten. Dabei gibt sie der Erhaltung der sozial-wirtschaftlichen Stabilität Vorrang und nicht der Umsetzung von tief greifenden Reformen.

Die föderale Staatsmacht arbeitet auf die weitere Konsolidierung der "gelenkten Demokratie" sowie auf die Sicherung der politischen Kontinuität über die Wahlen von 2007 und 2008 hinaus hin. Da die gegenwärtige politische Ordnung keine politische Alternative zulässt und die Wiederkehr des politischen Wettbewerbs in den nächsten Jahren eher unwahrscheinlich ist, wird die Staatsführung weder auf der föderalen, noch

auf der regionalen Ebene mit ernsthaften politischen Herausforderungen konfrontiert. Die Politik Moskaus, die auf die Vermeidung von Kontroversen mit den USA und den führenden Staaten der Europäischen Union ausgerichtet ist, passt gut in dieses Entwicklungsszenario. Sie ist auf die Sicherung minimal günstiger externer Voraussetzungen für die Konsolidierung der "gelenkten Demokratie" ausgerichtet. Die hohen Kosten der "gelenkten Demokratie" bleiben bestehen, die Prämie dafür – eine Modernisierung des Landes – bleibt aber aus.

Im Falle einer ungünstigen Konstellation von internen und externen Umständen kann allerdings nicht ausgeschlossen werden, dass die Entwicklung einen anderen, negativeren Verlauf nimmt. In den kommenden Jahren schließen Experten eine Wirtschafts- und Finanzkrise nicht aus, die die Früchte der in den letzten Jahren errungenen Stabilität in Frage stellen würde. Da diese kritische Periode mit den Wahlen in die Staatsduma in 2007 sowie mit den Präsidentschaftswahlen von 2008 zeitlich zusammenfallen wird, macht eine solche Entwicklung eine Zuspitzung der Kontroversen im regierenden Establishment sowie einer durch Protest motivierten Wahlabstimmung wahrscheinlicher.

Redaktion: Hans-Henning Schröder

Über die Autoren

Im Sommer 2004 veröffentlichte die Außenstelle Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung eine Studie von Leonid Grigorjew, Mark Urnow und Andrei Zagorski "Die zweite Amtszeit des Präsidenten Wladimir Putin: Dilemmata der russischen Politik".

Der Mitverfasser und Herausgeber der Studie Dr. *Andrei Zagorski* hat ihre Ergebnisse zusammengefasst.

Andrei Zagorski ist zur Zeit stellvertretender Leiter der Außenstelle Moskau der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Leonid Grigorjew ist Präsident des russischen Verbandes unabhängiger Zentren der wirtschaftlichen Analyse.

Mark Urnow ist Dekan der Fakultät für Politikwissenschaft an der Hochschule für Wirtschaft und Vorsitzender des Zentrums „Expertise“, Moskau.

Lesetipp

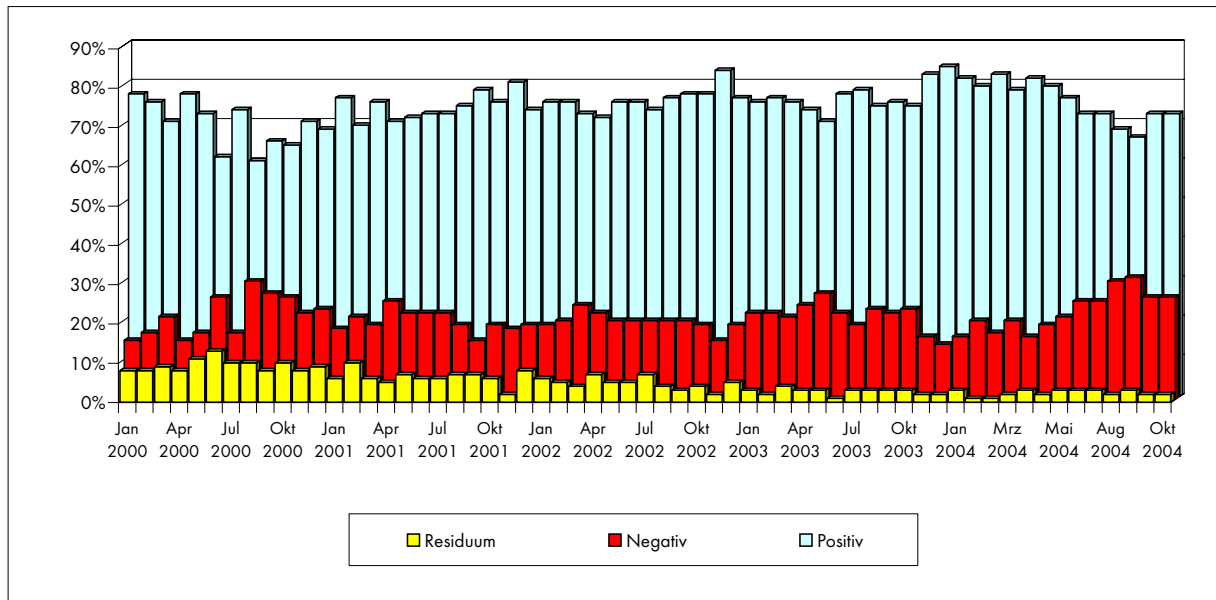
Leonid Grigorjew, Mark Urnow und Andrei Zagorski: "Die zweite Amtszeit des Präsidenten Wladimir Putin: Dilemmata der russischen Politik" (in russischer Sprache), Moskau: Human Rights Publishers, 2004.

Demnächst zum Herunterladen verfügbar auf der Website: www.adenauer.ru

Tabellen und Grafiken zum Text

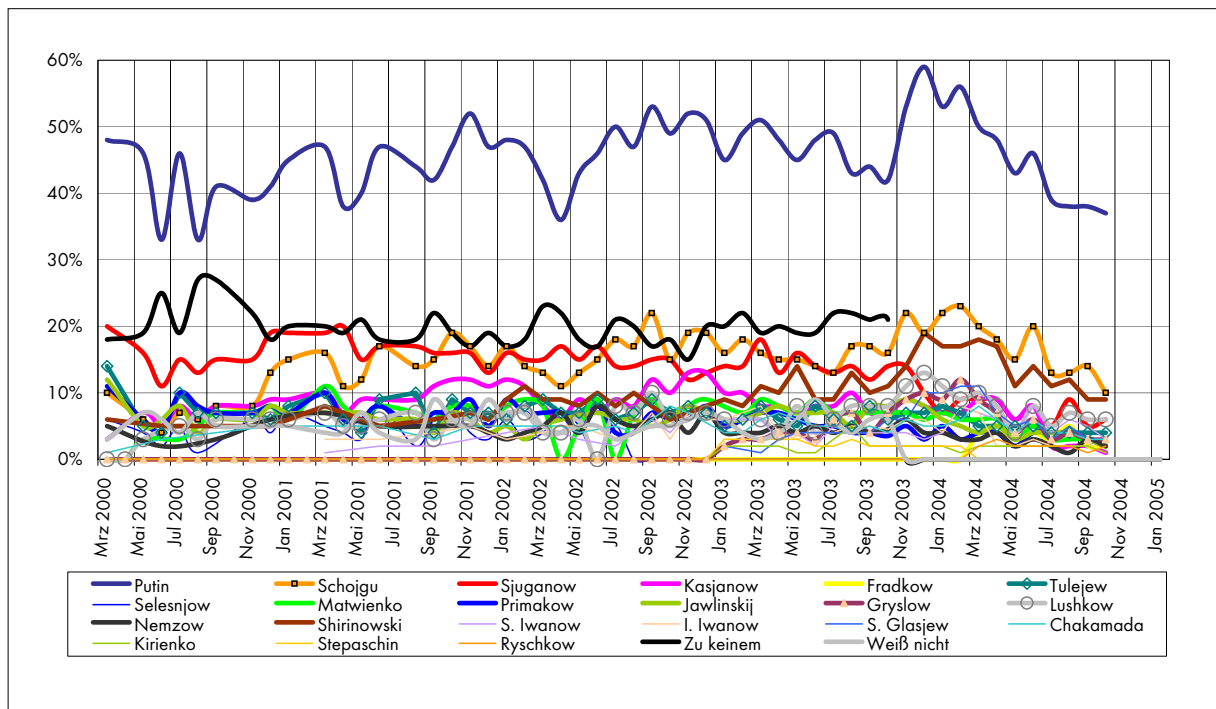
Putins Ratings

Wie bewerten Sie die Tätigkeit Putins als Präsident Russlands?



Quelle: www.levada.ru./prezident.html

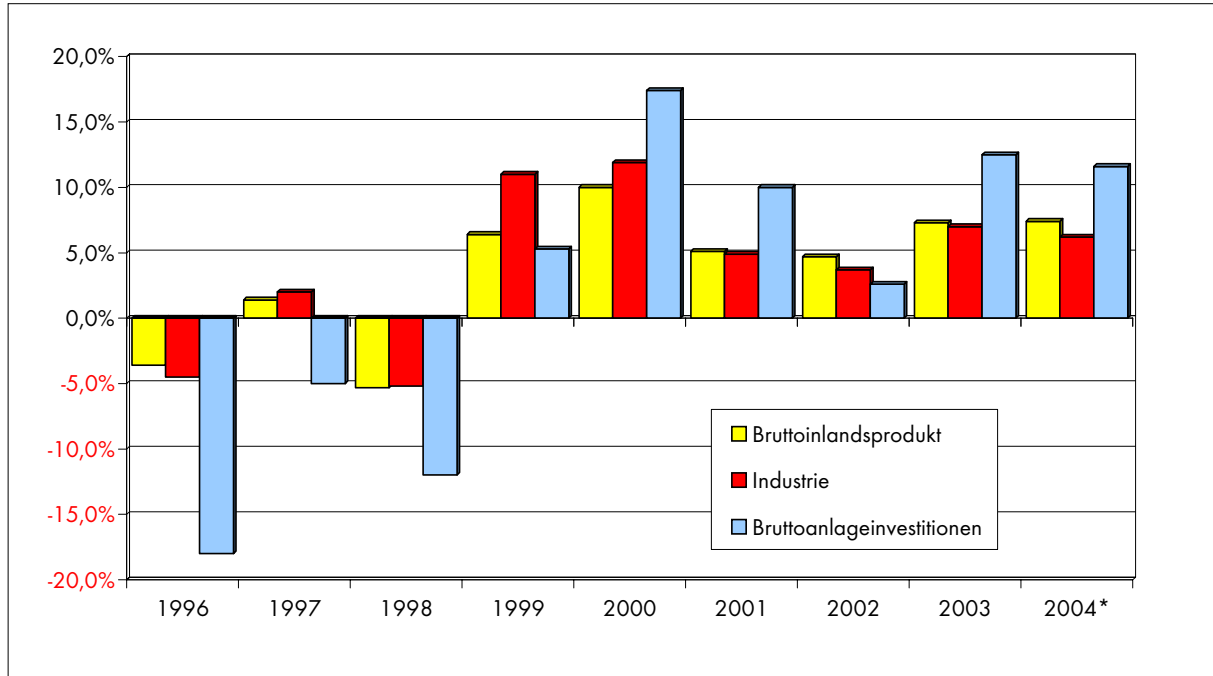
Nennen Sie 5–6 Politiker, zu denen Sie Vertrauen haben
(Popularitätswerte März 2000–2004 in den Umfragen des Lewada-Zentrums)



Quelle: www.levada.ru./politiki.html

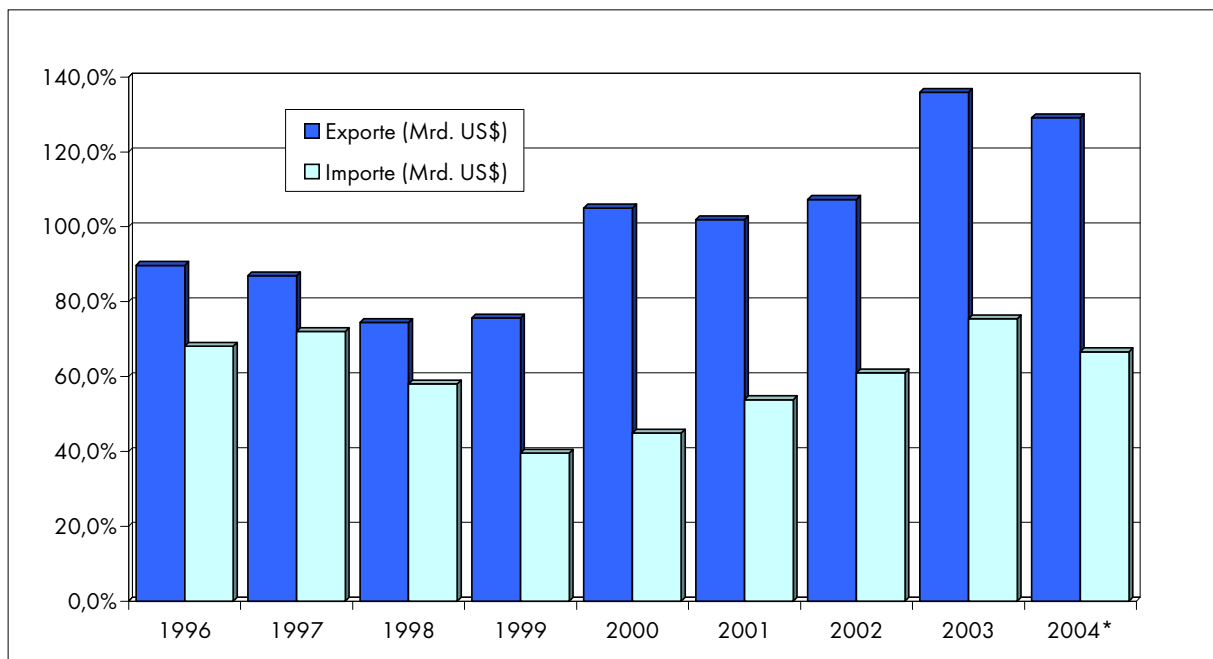
Wirtschaftsentwicklung in Russland 1996–2004

(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, 2004: Januar–September)



Entwicklung des russischen Außenhandels 1996–2004

(Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %, 2004: Januar–September)



Russland: Makroökonomische Entwicklung

	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004*	Stichdatum 2004
Bruttoinlandsprodukt	-3,6%	1,4%	-5,3%	6,4%	10,0%	5,1%	4,7%	7,3%	7,4%	1.Hj. 04
Industrie	-4,5%	2,0%	-5,2%	11,0%	11,9%	4,9%	3,7%	7,0%	6,2%	Okt 2004
Bruttoanlageinvestitionen	-18,0%	-5,0%	-12,0%	5,3%	17,4%	10,0%	2,6%	12,5%	11,6%	Sep 2004
Arbeitslosigkeit (in %, Ende der Periode)	9,3%	9,0%	13,2%	12,4%	9,9%	8,7%	9,0%	8,7%	7,4%	Sep 2004
Exporte (Mrd. US\$)	89,7%	86,9%	74,4%	75,6%	105,0%	101,9%	107,3%	135,9%	129,1%	Sep 2004
Importe (Mrd. US\$)	68,1%	72,0%	58,0%	39,5%	44,9%	53,8%	61,0%	75,4%	66,6%	Sep 2004

Quelle: BOFIT Russia Review 11/2004, 19.11.2004

Entwicklung der monatlichen Inflationsrate in Russland

(Preiszuwachs gegenüber dem Vormonat)

	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004
Januar	1,5%	8,5%	2,3%	2,8%	3,1%	2,4%	1,8%
Februar	0,9%	4,1%	1,0%	2,3%	1,2%	1,6%	1,0%
März	0,6%	2,8%	0,6%	1,9%	1,1%	1,1%	0,8%
April	0,4%	3,0%	0,9%	1,8%	1,2%	1,0%	1,0%
Mai	0,5%	2,2%	1,8%	1,8%	1,7%	0,8%	0,7%
Juni	0,1%	1,9%	2,6%	1,6%	0,5%	0,8%	0,8%
Juli	0,2%	2,8%	1,8%	0,5%	0,7%	0,7%	0,9%
August	3,7%	1,2%	1,0%	0,0%	0,1%	-0,4%	0,4%
September	38,4%	1,5%	1,3%	0,6%	0,4%	0,3%	0,4%
Oktober	4,5%	1,4%	2,1%	1,1%	1,1%	1,0%	1,1%
November	5,7%	1,2%	1,5%	1,4%	1,6%	1,0%	
Dezember	11,6%	1,3%	1,6%	1,6%	1,5%	1,1%	
Gesamtjahr	84,5%	36,7%	20,1%	18,8%	15,1%	12,0%	

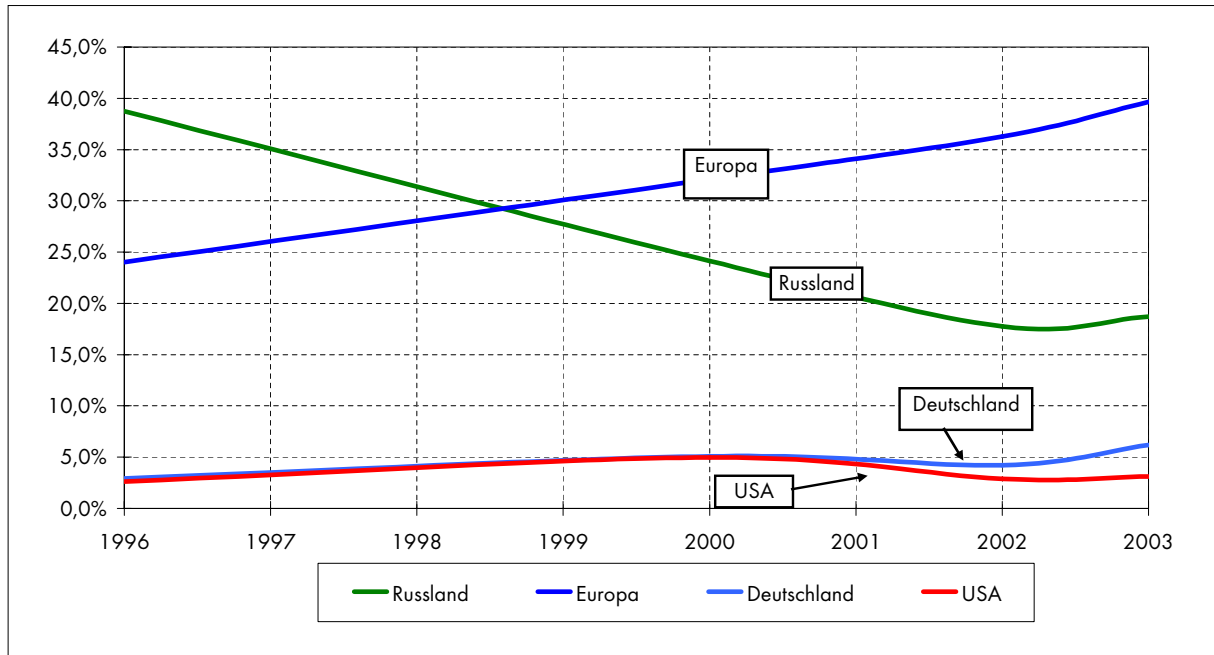
Quelle: Angaben des Staatlichen Statistikkomitees <www.gks.ru>

Statistik

Ukrainisch-russische Wirtschaftsbeziehungen

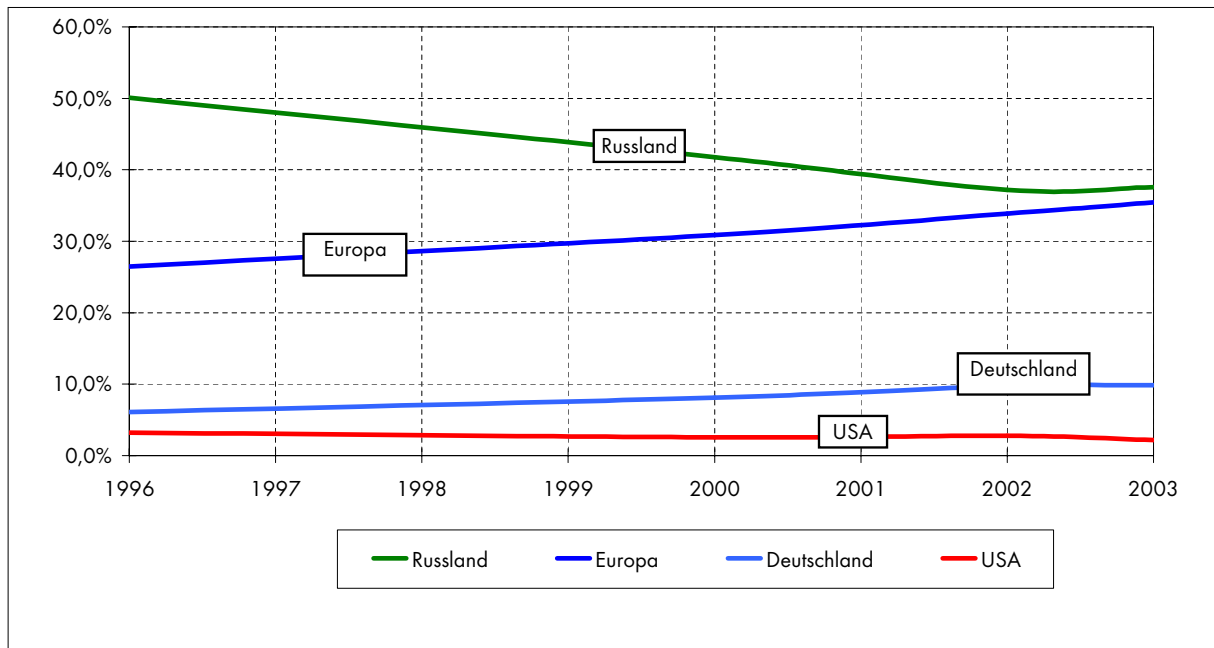
Ukrainische Exporte 1996–2003

(Anteil ausgewählter Länder, in %)



Ukrainische Importe 1996–2003

(Anteil ausgewählter Länder, in %)



Anm.: „Europa“ bezeichnet hier den Kontinent Europa ohne die GUS-Staaten.

Außenhandel der Ukraine, 1996–2003

	1996	2000	2002	2003
Export				
Insgesamt (Mio. US Dollar)	14.400,8	14.572,5	17.957,1	23.066,8
Anteil einzelner Länder und Regionen in %				
GUS	51,4%	30,9%	24,4%	26,2%
Belarus	5,0%	1,9%	1,5%	1,5%
Russland	38,7%	24,1%	17,8%	18,7%
Andere Länder	48,6%	69,1%	75,6%	73,8%
Europa	24,0%	32,1%	36,3%	39,7%
Deutschland	2,9%	5,1%	4,2%	6,2%
Polen	2,5%	2,9%	2,8%	3,3%
Großbritannien	0,9%	0,9%	3,0%	1,3%
Ungarn	2,6%	2,2%	2,9%	3,7%
Frankreich	0,8%	0,8%	0,6%	0,7%
Tschechien	1,0%	1,3%	1,0%	0,9%
Asien	18,8%	23,6%	28,2%	23,4%
China	5,3%	4,3%	3,9%	4,3%
Japan	0,6%	0,5%	0,5%	0,4%
Afrika	1,5%	5,0%	5,9%	5,4%
Ägypten	0,7%	1,5%	1,8%	1,3%
Amerika	4,2%	8,4%	5,2%	5,3%
USA	2,6%	5,0%	2,9%	3,1%
Australien und Ozeanien	0,1%	0,0%	0,0%	0,0%
Import				
Insgesamt (Mio. US Dollar)	17.603,4	13.956,0	16.976,8	23.020,1
in %				
GUS	63,5%	57,6%	52,8%	50,0%
Belarus	2,2%	4,3%	1,5%	1,5%
Russland	50,1%	41,7%	37,2%	37,6%
Andere Länder	36,5%	42,4%	47,2%	50,0%
Europa	26,4%	30,9%	33,9%	35,5%
Deutschland	6,1%	8,1%	9,8%	9,9%
Polen	2,9%	2,2%	3,2%	3,5%
Großbritannien	1,1%	1,5%	1,5%	2,5%
Ungarn	1,4%	1,2%	1,1%	1,2%
Frankreich	1,4%	1,7%	2,1%	2,3%
Tschechien	1,4%	1,2%	1,3%	1,4%
Asien	3,8%	6,0%	6,9%	8,6%
China	0,5%	0,9%	1,5%	2,3%
Japan	0,7%	0,7%	1,1%	1,6%
Afrika	0,8%	1,0%	1,0%	1,1%
Ägypten	0,1%	0,0%	0,0%	0,0%
Amerika	5,3%	4,2%	5,0%	4,7%
USA	3,2%	2,6%	2,8%	2,2%
Australien und Ozeanien	0,1%	0,4%	0,3%	0,2%

Quelle: State Statistics Committee of Ukraine: Ukraine in figures in 2003, Kyiv 2004, S. 142–145

Ausländische Direktinvestitionen in der Ukraine 1996-2004

	1996	2001	2002	2003	2004
Insgesamt (Mio. US Dollar)	896,9	3.875,0	4.555,3	5.471,8	6.657,6
Anteil einzelner Länder in %					
USA	20,4%	16,5%	17,1%	16,3%	16,1%
Zypern	5,7%	9,7%	10,8%	12,3%	11,7%
Großbritannien	6,0%	8,1%	9,1%	9,8%	10,3%
Niederlande	5,2%	9,3%	8,2%	7,2%	7,0%
Deutschland	17,5%	6,2%	5,5%	5,8%	6,6%
Virgin Islands	0,6%	5,0%	6,0%	6,3%	5,7%
Russland	5,6%	7,4%	6,9%	5,9%	5,7%
Schweiz	4,3%	4,2%	4,9%	5,0%	4,8%
Österreich	1,8%	3,2%	3,2%	3,9%	3,8%
Republik Korea	0,0%	4,4%	3,7%	3,1%	2,6%
Polen	2,3%	1,6%	1,5%	1,8%	2,3%
Ungarn	2,2%	1,3%	1,3%	1,5%	1,9%
Schweden	2,1%	2,0%	2,0%	1,7%	1,8%
Italien	2,1%	1,9%	1,8%	1,6%	1,4%
Liechtenstein	9,4%	1,9%	1,0%	1,3%	1,3%
Kanada	2,2%	1,5%	1,2%	1,1%	1,2%
Irland	2,8%	2,3%	1,6%	1,4%	1,2%
Andere Länder	9,7%	13,4%	14,2%	14,0%	14,6%

Quelle: State Statistics Committee of Ukraine: Ukraine in figures in 2003, Kyiv 2004, S. 157

Direktinvestitionen der Ukraine in anderen Ländern 1996-2004

	1996	2001	2002	2003	2004
Insgesamt (1.000 US Dollar)	84.116,2	170.342,8	155.685,8	144.280,5	163.535,4
Anteil einzelner Länder in %					
Russland	61,9%	40,0%	54,5%	51,0%	53,0%
Panama	2,4%	27,5%	12,2%	13,1%	11,6%
Vietnam	0,0%	10,0%	10,8%	11,6%	9,7%
Spanien	0,0%	8,1%	8,9%	9,6%	8,5%
USA	1,7%	0,4%	0,4%	0,5%	3,3%
Hongkong	0,0%	3,2%	3,5%	3,7%	3,3%
Schweiz	9,6%	3,8%	2,1%	2,6%	2,6%
Georgien	7,3%	0,5%	0,5%	0,6%	1,4%
Zypern	2,8%	1,4%	1,5%	1,3%	1,2%
Griechenland	0,0%	0,9%	1,0%	1,1%	1,0%
Estland	1,3%	0,6%	0,7%	0,8%	0,7%
Österreich	1,9%	0,4%	0,4%	0,5%	0,6%
Indien	0,0%	0,5%	0,5%	0,6%	0,5%
Andere Länder	11,1%	2,6%	2,8%	3,0%	2,8%

Quelle: State Statistics Committee of Ukraine: Ukraine in figures in 2003, Kyiv 2004, S. 161

Kommentar

Die Energiefrage in den ukrainisch-russischen Beziehungen

Heiko Pleines, Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Die Ukraine ist stark abhängig von russischen Energielieferungen. Sie bezieht vor allem Erdöl und Erdgas aus Russland. Die heimische Produktion deckt nur 15% bzw. 25% des Bedarfs. Gleichzeitig ist die Ukraine aber das wichtigste Transitland für russische Energieexporte. Die gegenseitige Abhängigkeit hat so zu einer Pattsituation geführt und gestaltet die Beziehungen zwischen den beiden Ländern schwierig.

Genau wie zu Zeiten der Sowjetunion ist die Ukraine auch heute auf Energieimporte aus Russland angewiesen. Da alle existierenden Öl- und Gaspipelines von russischem Territorium ausgehen, hat die Ukraine kaum Möglichkeiten, ihre Versorgung zu diversifizieren. Die Unfähigkeit der Ukraine, für russische Energielieferungen zu zahlen, hatte vor allem für ihre Gasindustrie dramatische Folgen. Zum einen ist Gas mit einem Anteil von fast 40% der wichtigste Primärenergieträger in der Ukraine. Zum anderen steht der Ukraine mit dem russischen Gasmonopolisten Gazprom ein starker Verhandlungspartner mit guten Verbindungen zur russischen Regierung gegenüber, der erheblich mehr Druck ausüben kann, als einzelne russische Ölfirmen.

Mit dem Ende der Sowjetunion begann Russland, von der Ukraine eine „normale“ Bezahlung der Energielieferungen zu verlangen. Bereits seit 1992 muss die Ukraine in US-Dollar bezahlen. Die Preise wurden schrittweise erhöht, bis sie 1995 Weltmarktniveau erreichten. Die Ukraine kam ihren daraus resultierenden Zahlungsverpflichtungen nicht nach und sah sich deshalb erheblichem russischem Druck ausgesetzt. 1993 wurden Energielieferungen drastisch gekürzt, was in der Ukraine im Winter 1993/94 eine Energiekrise zur Folge hatte. Viele Industriebetriebe mussten die Produktion einstellen, öffentliche Gebäude wurden nicht geheizt, die Straßenbeleuchtung blieb abgeschaltet.

Zu diesem Zeitpunkt beliefen sich die ukrainischen Schulden für russische Energielieferungen bereits auf 600 Mio. US-Dollar. Da die Ukraine offensichtlich zahlungsunfähig war, verlangte Russland nun Anteile an ukrainischen Energiebetrieben als Kompensation. Unter Berufung auf nationale Sicherheitsinteressen hat die Ukraine aber eine russische Beteiligung an der Gasindustrie in den 1990er Jahren grundsätzlich abgelehnt.

Trotz der hohen Schulden war die Ukraine russischem Druck nicht hilflos ausgeliefert. Im Gegenteil, Russland musste einsehen, dass eine Eintreibung der ausstehenden Zahlungen nur begrenzt möglich ist. Ursache hierfür sind die Pipelines für russische Exporte nach Westeuropa. Der größte Teil der russischen Gasex-

porte geht durch die Ukraine. Dies erlaubt es der Ukraine zum einen, Engpässe durch illegale Gasentnahmen zu entschärfen. Zum anderen kann die Ukraine erhebliche Transitgebühren verlangen. Als Reaktion auf Gazproms Preiserhöhungen setzte die Ukraine 1993 und 1996 die Transitgebühren herauf.

Diese Pattsituation führte Mitte der 1990er Jahre zu einem Kompromiss. Die Ukraine erhält seitdem über die Hälfte ihrer Gasimporte als Transitgebühr. Zusätzlich werden die russischen Leasinggebühren für Militärbasen auf der Krim zur Tilgung ukrainischer Gasschulden verwandt. Außerdem bemühte sich die Ukraine, Gasschulden durch Bartergeschäfte, etwa durch die Lieferung von Kampfbombern an Russland, zu begleichen. Direkte Geldzahlungen erfolgten demgegenüber anscheinend überhaupt nicht mehr. Gazprom akzeptierte dies, um seine Gasexporte nach Westeuropa nicht zu gefährden. Im Ergebnis wuchsen die ukrainischen Gasschulden weiter.

Anfang 2000 hatte die Ukraine offiziell geliefertes Gas für etwa 1,4 Mrd. US-Dollar nicht bezahlt. Gazprom verlangte zusätzlich noch einmal etwa 700 Mio. US-Dollar an Zinsen, Strafen und Entschädigungszahlungen für Gasdiebstähle. Gleichzeitig exportierte Gazprom erstmalig größere Mengen Gas durch die im Herbst 1999 in Betrieb genommene Jamal-Pipeline, die unter Umgehung der Ukraine durch Belarus und Polen verläuft. Der russische Gaskonzern nahm dies zum Anlass, seinen Druck auf die Ukraine erneut zu erhöhen. Zum einen drängte er aggressiver auf eine Lösung der Schuldenfrage und eine Einstellung der Gasdiebstähle, zum anderen forcierte er Pläne zum Bau von weiteren alternativen Exportpipelines, die ukrainisches Territorium umgehen.

Gazprom gelang es so im Herbst 2002, die Ukraine zur Aufnahme von Verhandlungen über ein internationales Gaskonsortium zu zwingen, das die ukrainischen Gaspipelines verwalten soll. Neben Gazprom und ukrainischen Partnern wurde auch der deutsche Erdgasimporteur Ruhrgas in die Verhandlungen einbezogen. Eine Einigung konnte aber bisher nicht erzielt werden.

Fortschritte wurden hingegen bei der Schuldenfra-

ge erreicht. Im April 2004 wurde eine Regelung verabschiedet, die der Ukraine erhebliche Zugeständnisse macht. Gazprom reduzierte seine Zahlungsforderung um 200 Millionen US-Dollar und akzeptierte für die übrigen Schulden Eurobonds, deren Auszahlung schrittweise bis 2013 erfolgen soll. In einer zusätzlichen Vereinbarung im August 2004 wurden die fälligen Eurobondzahlungen gegen Gazproms Transitgebühren bis 2009 verrechnet. Im Ergebnis hat die Ukraine die Schuldenfrage mit Gazprom gelöst, wird aber dafür ab 2005 kein Gas mehr als Transitgebühr erhalten.

An der grundsätzlichen Pattsituation zwischen Gazprom und der Ukraine wird sich voraussichtlich auf absehbare Zeit nichts ändern. Gazprom exportiert derzeit jährlich etwa 130 Mrd. m³ Erdgas durch die Ukraine und möchte seine Exporte nach Europa in Zukunft deutlich ausweiten. Um seine Exportpläne ohne die Ukraine zu verwirklichen, würden Gazprom im Jahre 2010 Kapazitäten von deutlich mehr als

70 Mrd. m³ pro Jahr fehlen. Hinzu kommt, dass der Bau neuer Pipelines mit erheblichen Kosten verbunden ist. Die Erhöhung der Kapazität der Jamal-Pipeline um 30 Mrd. m³ würde mit etwa 1 Mrd. US-Dollar zu Buche schlagen. Wenn das Transitgeschäft der Ukraine also durch alternative Pipelines durchaus geschmälert werden kann, so wird die Ukraine doch auf absehbare Zeit das zentrale Transitland für russische Gasexporte nach Europa bleiben.

Die Frage ist deshalb für die nächsten Jahre und wahrscheinlich auch darüber hinaus vor allem, ob der Gastransit durch die Ukraine wie in der Vergangenheit in Form eines "kalten Energiekrieges" erfolgt oder ob – etwa über eine Beteiligung von Gazprom an der ukrainischen Gasindustrie – kooperativere Wege der Zusammenarbeit gefunden werden. Die bisherige ukrainische Regierung hat eine derartige Kooperation trotz der ihr nachgesagten engen Anbindung an Russland blockiert.

Dokumentation

Reaktionen der Putin-Administration auf die ukrainischen Wahlen

Glückwünsche Putins an den Wahlsieger Janukowitsch

Mitteilung des Pressedienstes des Präsidenten Russlands. 25. November 2004

Der Präsident Russlands W.W. Putin hat eine Grußbotschaft an W.F. Janukowitsch zu dessen Wahl zum Präsidenten der Ukraine gerichtet.

In der Grußbotschaft heißt es insbesondere:

„Ich beglückwünsche Sie zur Wahl zum Amt des Präsidenten der Ukraine.

Das ukrainische Volk hat seine Wahl getroffen, eine Wahl zugunsten von Stabilität, der Stärkung des Staates und weiteren demokratischen und wirtschaftlichen Transformationen. Die Mehrheit der ukrainischen Bürger haben Ihre Bemühungen unterstützt, die gutnachbarschaftliche Zusammenarbeit auf vielen Ebenen mit Russland, allen Ländern der GUS und anderen Staaten Europas und der Welt auszubauen.

Zurzeit sind die Umstände günstig dafür, dass die russisch-ukrainische strategische Partnerschaft auf eine qualitätsmäßig neue Ebene angehoben werden kann. Die Bürger unsere Länder, die durch gemeinsame historische und kulturelle Bande verbunden sind, rücken noch näher zusammen.“ [...]

Quelle: <http://president.kremlin.ru/text/psmes/2004/11/80154.shtml>

Erklärungen und Antworten auf Fragen von Journalisten bei dem Treffen mit dem Premierminister Portugals Pedro Santana Lopes. 23. November 2004, Lissabon (Auszug)

[...]

FRAGE: Herr Präsident, ich möchte Sie fragen, meinen Sie, dass die Situation in der Ukraine normal ist, da Russland jetzt das einzige Land ist, das das Ergebnis des zweiten Wahlgangs anerkannt hat. Der scheidende Präsident der Ukraine hat die Europäische Gemeinschaft fast der Anstiftung zum Bürgerkrieg beschuldigt. Wie sehen Sie die Situation?

W. PUTIN: Wir können das Wahlergebnis in der Ukraine weder anerkennen noch ablehnen, da es bisher nicht offiziell veröffentlicht worden ist. Wir raten allen, unserem Beispiel zu folgen: Alles muss auf der Grundlage des Gesetzes bleiben.

Die Ukraine ist ein großer europäischer Staat mit einem entwickelten Rechtssystem. Sie muss nicht belehrt werden, sie kann andere belehren. Ich habe tatsächlich einen der Teilnehmer des Wettkampfes um das Präsidentenamt aufgrund der Ergebnisse der Befragungen der Wähler, die die Wahllokale verließen, beglückwünscht, eine endgültige Entscheidung kann aber nur die zentrale Wahlkommission der Ukraine treffen.

Ich kenne die gestrige Erklärung der EU-Außenminister, ich habe den letzten Punkt dieser Erklärung besondere Beachtung geschenkt, in dem ein Aufruf an alle Teilnehmer des Wahlkampfes um das Präsidentenamt in der Ukraine enthalten ist, keine Gewalt zuzulassen. Ich schließe mich dieser Position völlig an und füge hinzu, dass alle auch weiterhin im Rahmen des Gesetzes agieren müssen.

Zu dem Teil der Erklärung, in dem unter Berufung auf die Wahlbeobachter der OSZE das Wahlergebnis angezweifelt wird, möchte ich Folgendes sagen: Ich meine, dass diese Anmerkung nicht angebracht ist, da es kein Ergebnis gibt, kein Ergebnis verkündet worden ist. Weil sich auf die Wahlbeobachter der OSZE berufen wurde, meine ich, dass auch die Beobachter dieser Organisation ihre Tätigkeit sorgfältiger und gründlicher angehen sollten. Wir wissen, unter welchen Schwierigkeiten die Wahlen in Afghanistan durchgeführt wurden. Wir wissen, wie die Wahlen im Kosovo vor sich gegangen sind, wo hunderttausende von aus ihren Häusern verjagte Serben nicht an der Abstimmung teilnehmen konnten. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, welches das Urteil der OSZE-Beobachter über die bevorstehenden Wahlen im Irak sein wird, und Sie wissen es auch. Wenn aber irgendjemand auch weiterhin versucht, die OSZE als Instrument seiner Politik, für seine, nicht immer gerechtfertigten, taktischen Ziele zu gebrauchen, wird diese Organisation in der internationalen Arena weiter an Autorität einbüßen und ihren Daseinszweck verlieren. Das ist alles. [...]

Quelle: http://president.kremlin.ru/appears/2004/11/23/2350_type63380type63381_80133.shtml

Einführende Worte und Antworten auf Fragen bei der Pressekonferenz aus Anlass des Gipfeltreffens Russland – EU. 25. November 2004, Den Haag (Auszug)

[...]

FRAGE: Ist die Europäische Union damit einverstanden, dass eine Entscheidung der ukrainischen Frage auf dem gerichtlichen Wege möglich ist? Ich würde gerne wissen, was das bedeutet, und ob nach den Gesprächen mit den Vertretern der Ukraine die Rede davon sein kann, dass eine solche Entscheidung überhaupt möglich ist?

W. PUTIN: Verzeihen Sie, anscheinend will die Kollegin meine Position hören, oder?

Wissen Sie, wir sollten uns natürlich in allen Ländern: sowohl bei uns in Russland, wie auch im post-sowjetischen Raum, und auch in den Ländern des Westens, über die Entwicklung der Demokratie sorgen, wir sollten die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft und eines Mehrparteiensystems stärken. Aber wir dürfen auch einen andere Komponente der Demokratie nicht vergessen: Es muss demokratische Gesetze geben, und der Staat muss imstande sein, sie durchzusetzen. Wenn man sich nun das Problem mit diesem Land anschaut, dann würde ich unterstreichen, dass das Wahlgesetz mit unmittelbarer Beteiligung der ukrainischen Opposition angenommen wurde. Mehr noch, die ukrainische Opposition ist letzten Endes der Hauptautor des Wahlgesetzes. Das als erstes.

Zweitens, haben, soweit mir bekannt, die Vertreter des Stabes der Opposition, des Stabes von Herrn Juschtschenko bei der endgültigen Stimmauszählung alle Dokumente unterschrieben, die die Zentrale Wahlkommission auf den Sieg von Herrn Janukowitsch schließen ließen.

Ich bin tief davon überzeugt, dass wir kein moralisches Recht haben, einen großen europäischen Staat in wie auch immer geartete Massenunruhen zu stoßen. Wir dürfen diese Art der Entscheidung, die Entscheidung durch Straßenblockaden, überhaupt nicht in das internationale Leben einführen. Wir müssen selber lernen und müssen das auch allen beibringen, dass solche Konflikte mit der Verfassung gelöst werden müssen, mit dem Gesetz. Daher bin ich tief überzeugt, dass solche Probleme in der Ukraine entschieden werden können. Weitere Fragen des Zusammenwirkens von Regierungs- und Oppositionspartei bei der zukünftigen Entwicklung des Landes und der Verteilung der Macht, können und sollen natürlich nur auf friedlichem Wege und im politischen Dialog entschieden werden.

FRAGE: Ich habe eine weitere Frage an den russischen Präsidenten. Wir versuchen schon drei Tage, Ihnen diese Frage von den Seiten unserer Zeitung aus zu stellen, Sie vermeiden es aber aus irgendeinem Grund beharrlich, sie zu beantworten. Meine Frage ist die Folgende: Warum nimmt Russland eine solch passive Position ein, vor allem vor dem Hintergrund nie dagewesener Aktivität von bekannten Staaten? Danke.

W. PUTIN: Ich meine nicht, dass wir, dass Russland irgendwie passiv ist, da ich nicht der Meinung bin, dass was für Staaten auch immer das Wahlergebnis in der Ukraine anerkennen oder nicht anerkennen sollen. Das ist Sache des

ukrainischen Volkes. Diese Wahlen bedürfen gar keiner Anerkennung von irgendeiner Seite; obwohl natürlich alle verstehen, dass sich die Ukraine in der Mitte Europas befindet und mit allen Nachbarn normale freundschaftliche Verhältnisse aufbauen sollte und, ich bin sicher, auch aufbauen wird.

Ich habe gleich zu Anfang des Wahlkampfes für das Präsidentenamt in der Ukraine gesagt, dass wir bereit sind, mit jedem Präsidenten zusammenzuarbeiten, den das ukrainische Volk wählen sollte. Nach der Veröffentlichung des vorläufigen Wahlergebnisses durch die Zentrale Wahlkommission der Ukraine, als mehr als 90% der Stimmen ausgezählt waren, war es klar, dass Wiktor Janukowitsch der Sieger war.

Wir halten uns nicht für berechtigt, uns auf welche Art auch immer in den Wahlprozess einzumischen und dem ukrainischen Volk unsere Meinung aufzudrängen. [...]

Quelle: http://president.kremlin.ru/appears/2004/11/25/2239_type63377type63380_80195.shtml

Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann

Der russische Vertreter bei der EU und Präsidentengehilfe Sergej Jastrshembski über die Situation in der Ukraine

Russland hat dem Westen vorgeworfen, Unruhen in der Ukraine zu schüren. Moskau habe das Gefühl, dass „bestimmte Mächte im Westen entschieden haben, die Stärke des postsowjetischen Territoriums mit den Mitteln der Anarchie der Straße zu testen“, sagte Sergej Jastrschembski, der Präsident Wladimir Putin in EU-Fragen berät, im russischen Fernsehen.

Was sich Ende der 80er Jahre in Polen beim Solidarność-Aufstand und 2000 beim Sturz des jugoslawischen Staatschefs Slobodan Milosevic in Belgrad abgespielt habe, trage „dieselbe Handschrift“. Offensichtlich seien es dieselben Quellen, dieselben Puppenspieler, die Drehbücher ähnelten sich, sagte Jastrschembski weiter.

Moskau habe den Eindruck, dass „jemand den Bewohnern von Ländern des postsowjetischen Gebiets beibringen will, dass viele wichtige politische, verfassungsrechtliche und Wahlfragen mit Hilfe der Straße geklärt werden können“, sagte der Präsidentenberater. Er beschuldigte namentlich die USA: Man könne die „direkte Verwicklung des amerikanischen Kongresses“, von Nichtregierungsorganisationen, Beratern und Experten aus den USA in Kiew „nicht mehr ignorieren“.

Jastrschembski verglich die Ereignisse in der Ukraine mit der Rosen-Revolution in Georgien vor einem Jahr und warnte, diesmal werde Russland nicht tatenlos zusehen. Wegen der Bedeutung, geopolitischen Lage und der „Pläne, die bestimmte Kreise im Westen mit Ukraine haben“, handele es sich um eine „Nagelprobe“.

Quelle: <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen/0,1185,OID3832972,00.html>

Der Putin-nahe Politikberater Gleb Pawlowski über die Situation in der Ukraine

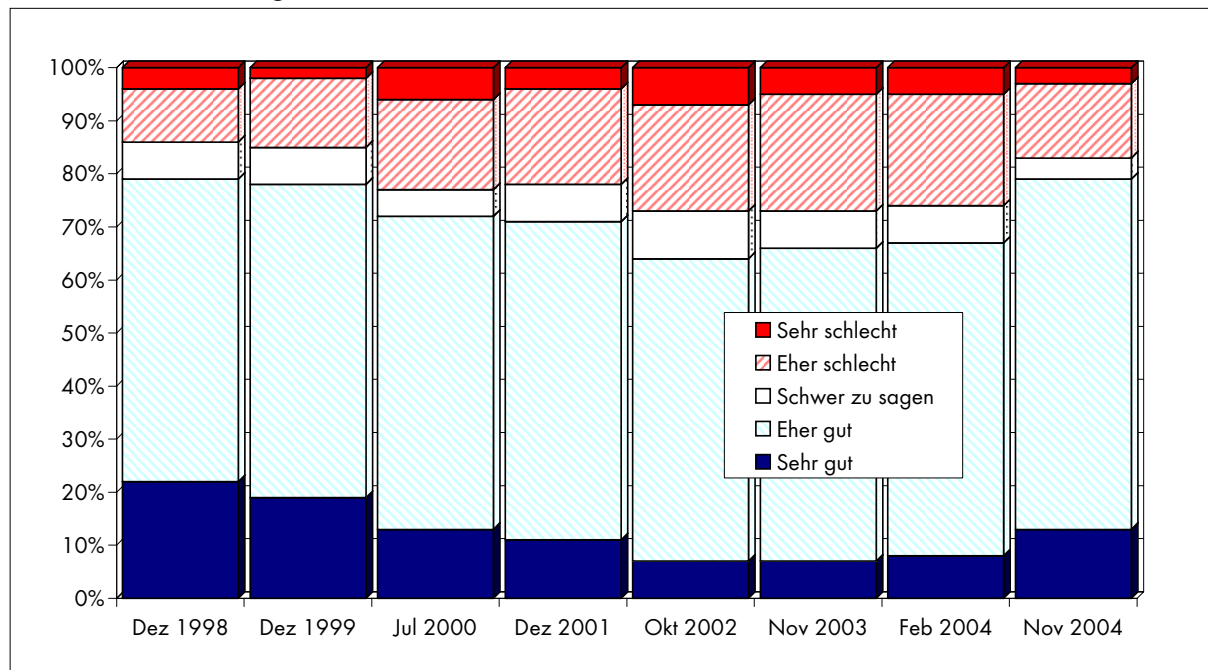
Der russische Polittechnologe Gleb Pawlowski agiert heute ganz und gar auf der Schiene der Verschwörungstheorie und behauptet, dass „der jetzige Massenprotest in der Ukraine von anderen Ländern manipuliert sein könnte“ und dass er „dahinter ausländische Puppenspieler erkennen kann, die diese Ereignisse geschickt eingefädelt haben“ (RIA Nowosti, 28. November 2004). Auf NTW beschrieb er [die Ereignisse in Kiew] als eine „Revolution, die die Farbe von Kinderdiarrhöe hat“, verglich Wiktor Juschtschenko mit Hitler und nannte die Führerin der Opposition Julia Timoschenko eine „unverschämte Frau“ (BBC Monitoring).

Quelle: *The Ukraine List (UKL) #288, 28 November 2004 (zusammengestellt von Dominique Arel)*

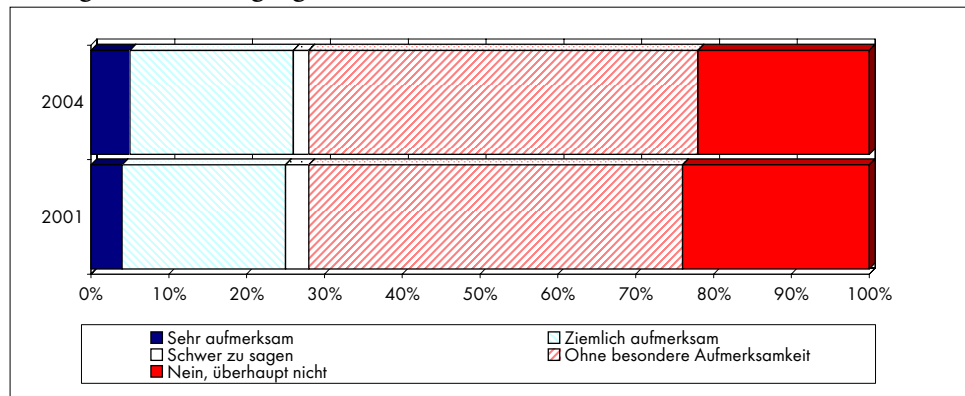
Übersetzung aus dem Englischen: Matthias Neumann

Umfrage
Russen über die Wahlen in der Ukraine

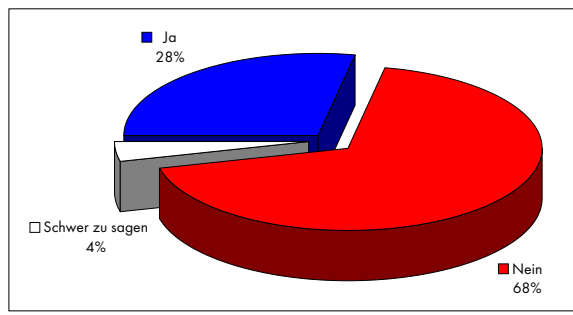
Umfrage des Lewada-Zentrums, 19.–22.11. 2004, Sample: 1.600 Personen

Wie ist Ihre Einstellung zur Ukraine?

Wie ist Ihre Einstellung zur Ukraine?

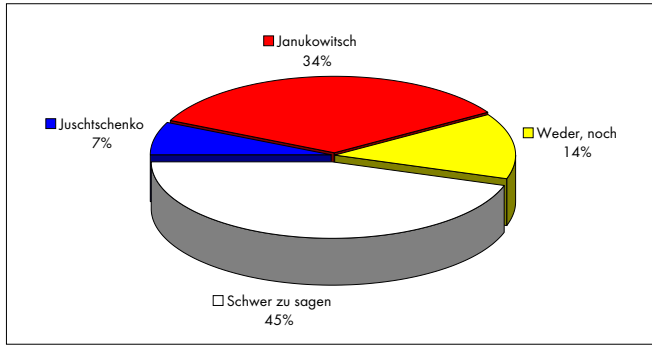
	Dez 1998	Dez 1999	Jul 2000	Dez 2001	Okt 2002	Nov 2003	Feb 2004	Nov 2004
Sehr gut	22%	19%	13%	11%	7%	7%	8%	13%
Eher gut	57%	59%	59%	60%	57%	59%	59%	66%
Eher schlecht	10%	13%	17%	18%	20%	22%	21%	14%
Sehr schlecht	4%	2%	6%	4%	7%	5%	5%	3%
Schwer zu sagen	7%	7%	5%	7%	9%	7%	7%	4%

Verfolgen Sie die Vorgänge in der Ukraine?


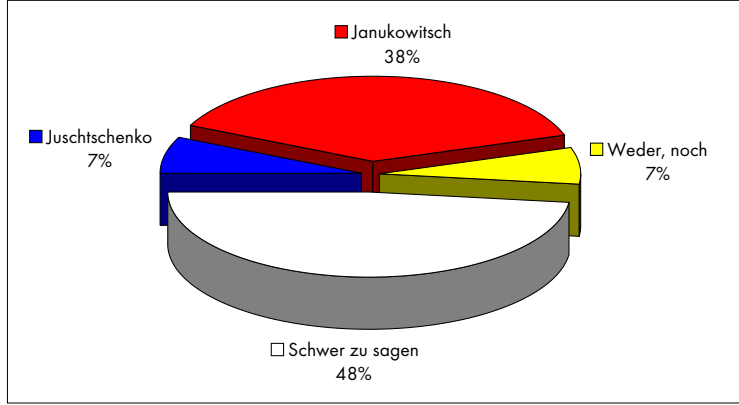
Betrachten Sie die Ukraine als Ausland?
(Antworten im Jahre 2004)



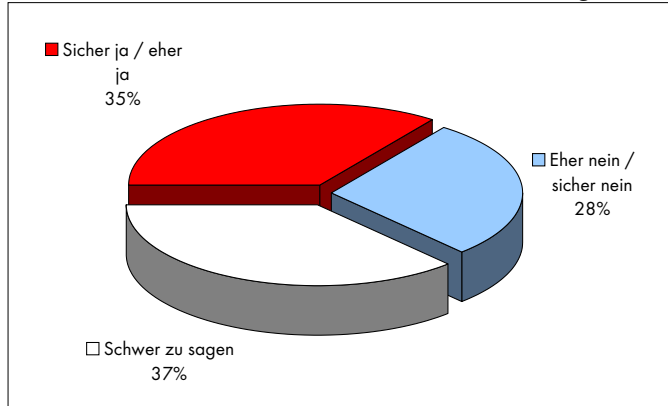
Wenn Sie in der Ukraine abstimmen könnten, welchen der beiden Kandidaten würden Sie wählen?



Der Sieg welches Kandidaten entspräche den Interessen Russlands?



Befürchten Sie, dass bei einem Sieg Juschtschenkos die Ukraine den Bund und die Freundschaft mit Russland aufgibt?



Quelle für die Grafiken auf den Seiten 16 bis 17:
<http://www.levada.ru./press/2004112502.html>

Chronik

Vom 25. November bis zum 2. Dezember 2004

25.11.2004	Putin empfängt Hugo Chavez, den Präsidenten von Venezuela im Kreml und erörtert mit ihm Fragen der militärisch-technischen Zusammenarbeit.
25.11.2004	Achmed Sambiew, genannt "der weiße Araber", ein enger Vertrauter des tschetschenischen Guerillaführers Basajew, wird in einem Privathaus in Inguschetien erschossen, als er Polizei und Sicherheitsbeamten Widerstand leistet.
25.11.2004	In der Republik Karatschajewo-Tscherkessk werden der Innenminister Alexander Obuchow und der Polizeipräsident der Hauptstadt Tscherkessk, Boris Chalisow, entlassen.
26.11.2004	Die Duma bestätigt das vom Föderationsrat zurückgewiesene Gesetz, das Verkauf und Konsum von Bier in der Öffentlichkeit untersagt, mit 437 Stimmen (ohne Gegenstimmen und Enthaltungen).
26.11.2004	Bei Zusammenstößen in Tschetschenien werden zwei Guerillas getötet und zwei weitere gefangen genommen. Ein entführter Angehöriger der russischen Inneren Truppen wird befreit.
26.11.2004	Außenminister Sergej Lawrow erklärt, Russland sei besorgt über westliche Versuche, auf die Lage in der Ukraine Einfluss zu nehmen.
27.11.2004	Der 5. Parteitag der Partei "Einiges Russland" beschließt eine Änderung von Statut und Führungsstruktur. Vorsitzender der Partei bleibt Boris Gryslow.
27.11.2004	Sergej Jastrshembski, russischer Vertreter bei der EU und Gehilfe des Präsidenten, kritisiert die Einmischung von EU und USA in die ukrainischen Wahlen. Er wirft ferner den neuen EU-Mitgliedern vor, sie seien russophob und versuchten die Beziehungen zwischen Moskau und Brüssel zu beschädigen.
29.11.2004	Präsident Putin belobt das Verteidigungsministerium für den erfolgreichen Test des Antiraketensystems A-135.
29.11.2004	Ministerpräsident Fradkow unterzeichnet ein Abkommen zwischen Russland, Polen und der Internationalen Atomenergieagentur IAEA, nach dem Russland Polen nuklearen Brennstoff für einen Forschungsreaktor in Swierk liefern wird.
29.11.2004	Der Dalai Lama trifft in Kalista, der Hauptstadt der Republik Kalmykien, ein. Dies ist der erste Besuch des Dalai Lama in zehn Jahren. Die chinesische Regierung protestiert gegen den Besuch.
30.11.2004	Nach Angaben deutscher Stellen hat Präsident Putin in einem Telefongespräch mit Bundeskanzler Schröder erklärt, er akzeptiere Neuwahlen in der Ukraine und werde ihre Ergebnisse respektieren.
30.11.2004	Ein Rayonsgericht in Palana, der Hauptstadt des Autonomen Bezirks der Korjaken, verfügt die Verhaftung des Stellvertretenden Gouverneurs, Michail Sokolowski. Gegen Sokolowski ist eine Untersuchung im Gange, weil er dem Unternehmen Strojtek 57 Mio. Rubel überwiesen hat, ohne dass dieses Brennstoff geliefert hat. In der Region war es zu Beginn des Winters zu Unterbrechungen in der Beheizung gekommen.
30.11.2004	Vor dem russischen Richtertag kritisiert Präsident Putin Bestechlichkeit und Bürokratie im Rechtswesen.
30.11.2004	Auf der Website des Rechnungshofs < www.ach.gov.ru > wird ein Bericht zu den Privatisierungen der neunziger Jahre veröffentlicht: "Analyse der Prozesse der Privatisierung des Staatseigentums in der Russischen Föderation im Zeitraum zwischen 1993 und 2003".
1.12.2004	Die Generalstaatsanwaltschaft nimmt den Leiter der Abteilung Finanzkooperation, Staatsverschuldung und finanzielle Werte, Denis Michajljow, in Haft. Ihm wird vorgeworfen, zwei Geschäftsleuten sensitive Daten verkauft zu haben.
2.12.2004	Der Dumaabgeordnete Gennadij Gudkow, Mitglied des Ausschusses für Innere Sicherheit, teilt mit, dass in Russland jährlich 30.000 Personen im Kontext von kriminellen Handlungen getötet werden, weitere 20.000 sterben an den Folgen erlittener Verletzungen.
2.12.2004	Achmed Batanow, der Stellvertretende Bürgermeister von Machatschkala, wird von Unbekannten vor seinem Haus erschossen.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2004 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de